

Anzeigenpreise: Die 7gespaltene mm-Zelle 25 Pf., die 4gespaltene Re-  
same mm-Zelle im Text 50 Pf. - Reklamationen nur bis 8 Tage nach  
Erscheinung zulässig. - Belegexemplare nur auf Verlangen gegen Porto-  
ersatz. - Für Fehler durch undeutliches Manuskript keine Haftung. - Bei  
Einzelnahme durch Gericht od. i. Konkursverfahren, fällt der berechn. Rabatt fort.

Bezugspreis Mark 1.- monatlich. - Anzeigenannahme: Berlin SW 48,  
Friedrichstr. 16, neben der Gärtnermarkthalle. - Die Sonderanzeigen sind  
von der Veröffentlichung ausgeschlossen. - Der Auftraggeber gibt durch die  
Aufgabe des Inserats sein Einverständnis ab, Preis unter der Schreideur  
preisgrenze der Verbände wozuzulassen. - Erfüllungsort Berlin-Mitte

# Die Gartenbauwirtschaft

Berufsständische Wirtschaftszweigung des Berufs Gartenbau  
unabhängig des Feldmäßigen Obst- und Gemüsebaus

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES EV. BERLIN NW 40 - VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN SW 48

Nr. 51 | 45. Jahrgang der Verbandzeitung | Berlin, Donnerstag, den 18. Dezember 1930 | Erscheint wöchentlich | Jahrg. 1930

Aus dem Inhalt: Landgraf, bleibe hart! - Zum Kampf gegen das Südruchtmopol - Die Reichsforschungstelle für landwirtschaftliches Marketing zur Preisfestsetzung - Steuerliche Hilfsmaßnahmen - Eine deutsche Werkschau in Halle - Erbsenstummelausbreitung in Genf - Die Sonntagshunde - Aus den Landesverbänden und Bezugsgruppen - Pflanzenschutz im Dezember - Marktrückbau.

## Unser Kampf um handelspolitischen Schutz Landgraf, bleibe hart!

In Nr. 50 der „Gartenbauwirtschaft“ hatten wir zur Kenntnis gebracht, in welcher Weise längig die Besteuerung des deutschen Gartenbaues nach der sogenannten 2. Notverordnung geplant ist. Wir konnten darauf hinweisen, daß damit ein wesentlicher Teil der Forderungen, die seitens des Reichsverbandes in seinem Hilfsprogramm zur Steuerpolitik erhoben worden waren, erfüllt worden ist, so daß insbesondere für unsere kleineren Gartenbaubetriebe beachtliche Erleichterungen erreicht worden sind. Gewiß ein erfreuliches Ereignis in dieser wirtschaftlich so schweren Zeit!

Wir müssen aber darüber hinaus mit Bedauern feststellen, daß die 2. Notverordnung unserer Forderung nach besserem handelspolitischen Schutz der deutschen Erzeugung in keiner Weise gerecht geworden ist. Die 2. Notverordnung hat dem deutschen Gartenbau auf diesem Gebiete nichts gebracht. Da aber ohne eine Eindämmung der Auslandszufuhren ein Durchhalten des deutschen Gartenbaues nicht möglich ist, können wir die 2. Notverordnung auch nicht als den Abschluß der Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der deutschen Landwirtschaft ansehen, denn der deutsche Gartenbau ist doch wohl ein nicht unbedeutender Teil der deutschen Landwirtschaft. Er hat jedoch bisher vergeblich auf durchgreifende Maßnahmen zur Behebung seiner Notlage gewartet.

Der Verweigerung der Verzinsungsgünstigen kann mit Bestimmung und Serpentinplan gen nicht begegnet werden! Die verzweifelte Lage des deutschen Gartenbaues ist allen maßgebenden Stellen bekannt; wir haben unaufhörlich mit allen unseren Mitteln darauf hingewiesen. Unsere Landesverbände haben ebenfalls in allen Teilen des Reiches die zuständigen Behörden ständig aufgeklärt und den Landesregierungen und der Reichsregierung in zahllosen Entschuldigungen und Aufstellungen über die Tristität der Lage keine Zweifel gelassen. Was kommt nun endlich der deutsche Gartenbau an die Reihe?

Sobald zu überlegen war, daß die 2. Notverordnung den hauptsächlichsten Forderungen des deutschen Gartenbaues nicht gerecht wurde, hat der Reichsverband weitere geeignete Schritte unternommen. In einzelnen Besprechungen mit dem Präsidenten und dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, den Herren Dr. Brandes und Dr. Kauscher haben wir auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Lage hingewiesen und beim Deutschen Landwirtschaftsrat Verständnis und Unterstützung gefunden.

In erneuter Verbindung mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele hat der Reichsverband sodann mit der Unterstützung des Herrn Präsidenten Dr. Brandes Gesandtschaft geschickt, die weitere Verschlechterung der Lage des Berufs darzustellen und die Erwartung auszusprechen, daß an die Durchführung der bereits genannten Forderungen, insbesondere auf dem Gebiete der Handelspolitik, herangetreten wird. Wir haben darüber hinaus in der Verbindung mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Möglichkeiten ausgemittelt, die mit sofortiger Wirkung eine Auslösung der Märkte herbeiführen könnten, solange eine Änderung der handelspolitischen Bestimmungen, an der wir unbedingt festhalten müssen, nicht möglich ist. Auf Einzelheiten werden wir zu geeigneter Zeit zurückkommen.

Wir haben die Überzeugung, daß Herr Reichsminister Schiele alles tun wird, um auch dem deutschen Gartenbau Hilfe zu bringen, möchten ihm aber angesichts der gegen ihn einwirkenden Schwierigkeiten zurufen: „Landgraf, bleibe hart!“ Er hat sich ihm selbst mit dem Reichskabinett in Verbindung gesetzt.

Wir dürfen der Einfachheit halber auf die Notizen verweisen, die inzwischen über diese Verhandlungen in der Tagespresse erschienen sind. Es hieß darin: „Die „Telegraphen-Indien“ erfährt, handelt es sich bei den Vorlagen des Reichsminister Schiele in erster Linie um Maßnahmen, die teilsweise in der Notverordnung vom 1. Dezember keine Aufnahme hatten sin-

den können, weil juristisch die Voraussetzungen des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht gegeben sind. Während mit der letzten Notverordnung die Maßnahmen auf dem Getreidegebiet im Augenblick zum Abschluß gekommen sind, beziehen sich die weiter geplanten Maßnahmen auf die partielle Behandlung der übrigen landwirtschaftlichen Produktionszweige, in erster Linie auf die Vieh- und Zuchtungsindustrie, den Gartenbau und die Forstwirtschaft. Da für diese Erzeugnisse die politische Bewegungsfreiheit durch verschiedene Handelsverträge eingeschränkt ist, soll nach den Plänen Schiele nicht nur der Reichsregierung die Ermächtigung zur Festsetzung der Zölle nach Maßgabe der Wirtschaftslage erteilt werden; vielmehr ist auch an weitere innerwirtschaftliche Maßnahmen nach Art der bereits eingeführten bzw. unmittelbar vor der Einführung stehenden Verwendungszölle gedacht.

Im einzelnen handelt es sich u. a. um die Zölle für Butter und andere Milchereiprodukte, für Vieh, Fleisch und sonstige Veredelungsgegenstände und für Holz, um einen Verwendungszwang für Erzeugnisse aus diesem Gebiet und um ein Südruchtmopol. Allerdings würde sich daraus die Notwendigkeit einer baldigen Inangriffnahme neuer Handelsvertragsverhandlungen ergeben. Die Einzelheiten hängen von der Entscheidung über das Genfer Zolltariffstillhandabkommen ab.

Angesichts der parlamentarischen Lage im Reichstag können die Maßnahmen bei Benutzung des parlamentarischen Weges nur dann noch vor Weihnachten erledigt werden, wenn im Laufe des Wintertages die entsprechenden Initiativentwürfe eingebracht werden. Das Reichskabinett würde also auf Grund der Vorlagen Schiele lediglich die Einzelheiten festlegen, die dann im Einvernehmen mit der Regierung in den Verhandlungen ihren Niederschlag finden. Eine Mehrheit für diese Entwürfe hält man für sicher. Sollten sich sonstige Schwierigkeiten ergeben, dann würde der Weg der Notverordnung für die abschließende Entscheidung bleiben. Das Reichsministerium vertritt die An-

sicht, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 gegeben wären, weil sich die Breitschubung für landwirtschaftliche Erzeugnisse außerhalb des Getreidemarktes verschlechtert habe und infolgedessen eine wachsende Erregung in der Landbevölkerung zu verzeichnen sei.

Es ist nicht verwunderlich, daß die gegnerischen Kräfte zugleich am Werke sind, den von uns und von anderen Seiten verfolgten Zielen eines handelspolitischen Schutzes der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie entgegenzuwirken. Der Herr Reichspräsident und der Herr Reichsminister sind umgeben vom Industrie- und Handelsrat bzw. vom Reichsverband der deutschen Industrie angegangen und darauf hingewiesen worden, daß unsere Forderungen den Interessen des Handels und der Industrie zuwiderlaufen, und daß durch zu weitgehende Zollmaßnahmen für die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion eine Gefährdung der deutschen Handelspolitik gegeben sei.

Die große Bedeutung, die der deutsche Gartenbau für den Absatz industrieller Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt hat, findet wohl in den Forderungen der Industrie, die unmittelbar mit dem Gartenbau zu arbeiten hat, geläufige Beachtung. In der Zeitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie meint man ihre nicht vor nicht genügend Rechnung tragen zu wollen. Sichtlich nimmt der Reichsverband der deutschen Industrie einmal die Nr. 48 der „Gartenbauwirtschaft“ zur Hand, um daraus zu ersehen, daß die deutsche Industrie - nicht genug damit, daß sie sich mit aller Verlässlichkeit gegen einen angemessenen handelspolitischen Schutz unserer Erzeugnisse hemmt - mit ihrer Preispolitik dem Auslande gegenüber

praktisch der beste Verbündete des ausländischen Gärtners gegen den deutschen Gartenbau ist.

Wir werden weiter für die unabweisbar notwendigen handelspolitischen Forderungen unseres Berufs eintreten. Das Präsidium des Reichsverbandes hat in seiner letzten Sitzung am 13. 12. zur parlamentarischen Lage erneut Stellung genommen und die ihm möglichen Schritte unternommen.

## Zum Kampf gegen das Südruchtmopol Wer ist der „Harakiri“-Doktor?

Aus Mitgliederkreisen erhalten wir zu dieser Frage nachstehende Antwort eines Arztes: „Auf Ihre Veranlassung habe ich mich sofort erkundigt, wer eigentlich der Dr. von Cronsdalström, der den eigenartigen Artikel geschrieben hat, ist. Was Hamburg wird mir die Nachricht übermitteln, daß ein Dr. von Cronsdalström, weder der Gesundheitsbehörde, noch der Ärztekammer, noch dem Landesverband der Ärzte Deutschlands in Hamburg bekannt ist. Es würde doch sehr wichtig sein festzustellen, ob es einen deutschen Dr. von Cronsdalström überhaupt gibt, oder ob dies nur ein vorgegebener Name ist. Vielleicht handelt es sich um einen ausländischen Arzt, der sich vorübergehend in Hamburg aufgehalten hat. Im Reichs-Adresskalender des Jahres 1929 steht kein Arzt dieses Namens.“

Vielleicht können wir eine genauere Antwort auf diese Frage von der „Werbung“, Verein zur Hebung des Frucht- und Gemüse-Verbrauchs Deutschlands, Hamburg, unmittelbar erhalten. Wir richten daher offiziell die Frage an diese Gesellschaft: „Wer ist Dr. von Cronsdalström?“

Sie heißt sich selbst! In einer Aider Tageszeitung nahm Dr. Schodemann-Riel in ausführlicher Weise gegen die jamaise „Harakiri“-Kampagne Stellung. Das paßt der vom Importgroßhandel gegründeten Frucht- und Gemüse-Werbe-G. m. b. H. nicht. In ihrer Antwort leistet sie sich nun folgenden Satz: „Für Druckung des Vitaminbedarfes kommt Gemüse, das in gelochtem Zustand verzehrt wird, nicht in Frage, da es durch den Kochprozeß sich vitaminisiert wird.“ Ja, ja, unser Südruchtmopol-Vorschlag fördert die

notwendigsten Ansichten auf der Gegenseite zutage. Wir sind doch neugierig, wie die „Frucht- und Gemüse-Werbe-G. m. b. H.“ in Zukunft die Empfehlung des Gemüseverbrauches begründen wird. Was sagt der Gemüsehandel dazu, der diese G. m. b. H. doch wohl auch unterstützt? Dr. G.

## Machet die Tore auf! Die Landwirtschaft mag zugrunde gehen, wenn nur der Importhandel bestehen bleibt!

Im Kampf gegen das von uns vorgeschlagene Südruchtmopol enthält sich immer mehr der Gegner. Man lese, was die vom Fruchtimporthandel gegründete Frucht- und Gemüse-Werbe-G. m. b. H. schreibt:

„Die Entwicklung der modernen Großstadt, in der in erster Linie die Ärzte leben, die als Käufer für die Erzeugung der Landwirtschaft in Obst und Gemüse in Frage kommen, hat im Laufe der letzten Jahrzehnte Lebensbedingungen geschaffen, die denen des Landwirtes vielfach diametral entgegengekehrt geworden sind, so daß Landwirt und Städter sich kaum verstehen können. Die Lebensgewohnheiten und Auffassungen ganz allgemein und im besonderen in bezug auf Obst und Gemüse sind so auseinandergegangen, daß das, was für den Landwirt wirtschaftlich ist, für den Städter unwirtschaftlich ist, daß das, was in der Auffassung des Landwirtes einen Luxus bedeutet, für den Städter eine selbstverständliche Notwendigkeit geworden ist, kurz und gut, das, was der Landwirt aus seinen Erfahrungen heraus für eine gute Wirtschaftsführung hält, ist für den Städter aus seinen Erfahrungen heraus eine schlechte.“

**Bindfäden Ia** aus reinem Hanf imprägniert, keine II. Qual., zum Herstellen von Strohddecken, zum Flechten 2fach, zum Aufzug 3fach Kordel, 1 Rolle = 1 Pfd., 1,15 M. 1 Postk. = 6 Rollen 2fach und 3 Rollen 3fach 10 M, 10 kg 19 M, 25 kg 45 M.  
Verpackung frei. Größere Posten brieflich.  
**Albert Treppens & Co.,** Lindenstr. 13, gegenüber der Blumen-Engros-Halle  
Telephon A 7 Dönhoff 9800

**Frostschutzbriketts**  
Zentner 17,50 M frachtfrei gegen Nachn.  
**Verein für chemische Industrie A.-G.**  
Frankfurt am Main.

**Wir vergüten zurzeit auf Sparkonten:**

6 1/2 %	Zinsen für Dreimonatsgeld
5 1/2 %	„ „ „ Einmonatsgeld
5 %	„ „ „ tägliches Geld

**Für Guthaben in laufender Rechnung mit täglicher Fälligkeit vergüten wir zurzeit:**

3 1/2 % Zinsen

## Deutsche Gartenbau-Kredit Aktiengesellschaft

Was kommt es schon darauf an, den Gegensatz zwischen Stadt und Land noch mehr zu vertiefen, wenn es nur gegen das Südruchtmopol geht. Je mehr die deutsche Landwirtschaft aus „wirtschaftlichen“ Rücksichten des Städters zugrunde geht, umso besser geht das Geschäft des „deutschen“ Importhandels und des ausländischen Gartenbaues, an dessen Wohlergehen der Importhandel allein interessiert ist. Daß der unjüngere Export deutschen Geldes für Nahrungsmittel, die keine neuen Werte im Inland schaffen, das Staatsbudget beschweren und dadurch indirekt auch die Steuerzahlungen des Städters erhöhen, wird natürlich schämig verschwiegen. Dr. G.

## Nein, keine Zollentung für Blumenzw ebeln!

Von Bruno Kärger in Werder.  
Wie man's macht, so ist's vertehrt! Dieser bewährte Wort ist mir eingefallen, als ich den Artikel des Herrn Dr. Schün und die Stellungnahme der Schriftleitung zur Blumenzweibelentung in Nr. 49 der „Gartenbauwirtschaft“ zu Gesicht bekam. Wir hatten es uns so schon gedacht, durch unser Vorgehen die Frage der Einfuhr blühender Ware wieder in Gang zu bringen und damit aus der Verunsicherung heraus die jahrelangen Bestrebungen des Reichsverbandes zur Abwehr dieser Ware zu unterstützen. Wir, meine Kollegen und ich, erklären daher, um das Mißverständnis ein für alle Mal zu klären, daß auch wir im Interesse des Gesamtgartenbaues eine Senkung des Blumenzweibelzollens nicht für erwünscht halten, eine Erklärung, welche wir der Hauptgeschäftsstelle des Reichsverbandes, des bereits vor der Veröffentlichung in der „Gartenbauwirtschaft“ abgegeben hatten. Unsere volle freudige Zustimmung wollten wir vielmehr lediglich zu der Forderung zum Ausdruck bringen, daß Herr v. d. Vaiten den Mut hatte, endlich einmal öffentlich für die holländischen Zobel-Exporteure zu erklären, daß auch für die Einfuhr blühender Ware für unerträglich halten. Wir hoffen, daß diese öffentliche Erklärung eines holländers der deutschen Regierung willkommen sein wird.